



www.spoe.at

BUDGET

Zahlen - Daten - Fakten

Argumente

Budgetsanierung - Alle Daten, Argumente und Fakten.

Die SPÖ unter Bundeskanzler Werner Faymann hat erreicht, dass das Budget sozial ausgewogen saniert wird: Zwei Drittel der neuen Einnahmen kommen von Banken, Konzernen, Stiftungen und Spekulanten.

Die schwerste Krise der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten ist auch an Österreich nicht spurlos vorbeigegangen. Leider gibt es nach wie vor skrupellose Spekulanten, die gegen Währungen und Staatshaushalte spekulieren, deshalb ist eine Konsolidierung des Budgets das Gebot der Stunde. Schließlich haben wir eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.

Zwei Drittel zahlen Banken, Konzerne, Stiftungen und Spekulanten

Die Budgetkonsolidierung 2011-2014 ist ein Mix aus Einsparungen der Ministerien und neuen Einnahmen. Für Österreich hat die SPÖ erreicht, dass zwei Drittel der 7,067 Mrd. Euro der neuen Einnahmen aus sozial gerechten neuen Steuern kommen. Trotz mancher Einsparungen, die die ÖVP unbedingt wollte, bleibt unser soziales Netz intakt.

Krise erfolgreich bekämpft

Die Regierung hat auf die Wirtschaftskrise richtig reagiert: Mit Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen ist es gelungen, dass Österreich nach der Krise heute besser dasteht als die meisten Länder. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigung steigt. Jetzt geht es darum, mit gesunden Staatsfinanzen Spielraum für die Zukunft zu schaffen. Das Defizit soll bis 2014 von 4,7 Prozent des BIP auf 2,2 Prozent sinken.

Einnahmenseitige Maßnahmen

Die SPÖ konnte sich bei den einnahmenseitigen Maßnahmen mit fünf von acht Vorschlägen für mehr Gerechtigkeit durchsetzen. Zwei Drittel der neuen Einnahmen beruhen auf Vorschlägen der SPÖ.

Das Ziel der SPÖ war dabei, jene in die Pflicht zu nehmen, die die Krise mitverursacht haben. Somit zahlen Banken, Spekulanten, Stiftungen und Vermögende einen gerechten Beitrag zum Budget. Die verbleibenden drei Punkte sind aber nicht vom Tisch. Im Zuge der Steuerreform, die im Regierungsprogramm vereinbart ist, wird die SPÖ auf die Umsetzung drängen, besonderes auf die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre.

Einnahmenseitige Maßnahmen im Überblick:

- **Bankenabgabe** – bringt 2 Mrd. Euro (bis 2014)
- **Vermögenszuwachssteuer** – bringt 430 Mio. Euro (bis 2014)
Die Spekulationsfrist bei Aktiengewinnen wird endlich beseitigt. Damit können Aktien nicht mehr steuerfrei veräußert werden. Erfassung ab 01.01.2011, Besteuerung bei den Fonds ab 01.07.2011, alle anderen Wertpapiere ab 01.10.2011
- **Änderung Stiftungsbesteuerung** – bringt 310 Mio. Euro (bis 2014)
Der Zwischensteuersatz wird von 12,5 Prozent auf 25 Prozent angehoben. Immobiliengewinne müssen künftig versteuert werden.
- **Änderung Konzernbesteuerung** – bringt 600 Mio. Euro (bis 2014)
Finanzierungszinsen bei Kauf von Konzerntöchtern sind nicht mehr absetzbar. Diese praktisch kostenlose Finanzierung für Konzerngruppen wurde abgeschafft.

- **Der Kampf gegen Steuerhinterziehung wird intensiviert**, Steuerschlupflöcher gestopft – bringt 1 Mrd. Euro (bis 2014)
Steuerschlupfloch bei Reinigungsfirmen wird gestrichen – Auftraggeber muss selber USt zahlen – bringt 77 Mio. Euro.
- **Finanztransaktionssteuer**: Eine EU-weite Einführung wird für 2013/2014 angestrebt.
- **Änderung bei der Energieabgabenrückvergütung** bringt 300 Mio. Euro (bis 2014). Künftig können nur noch Produktionsbetriebe die Energieabgabe rückvergütet bekommen.

Die unsozialen Forderungen der ÖVP konnten in vielen Bereichen entschärft werden:

- **Erhöhung der MöSt**. Die Mineralölsteuer (MöSt) auf Benzin wird um 4 Cent pro Liter, jene auf Diesel um 5 Cent pro Liter erhöht. Es wird keine zusätzliche Belastung bei Heizöl geben. Um zusätzliche Belastungen für Pendler zu vermeiden, werden die Mittel für die Pendlerpauschale und den Pendlerzuschuss um 30 Mio. Euro pro Jahr erhöht.
- **Die Anhebung der Tabaksteuer** um bis zu 20 Cent pro Pkg. bringt 2011 um 100 Mio. Euro, ab 2012 um 150 Mio. Euro mehr pro Jahr.
- **Die Einführung einer Flugticketabgabe** bringt 2011 60 Mio. Euro, 2012 bis 2014 jährlich 90 Mio. Euro. Sie ist an das deutsche Modell angelehnt, liegt jedoch darunter und ist somit kein Wettbewerbsnachteil.
- **Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NOVA)** für Neuwagen mit einem hohem Schadstoffausstoß (180g). Das trifft vor allem Käufer von „schweren“ Luxusautos und bringt 160 Mio. Euro bis 2014.

Die Bankenabgabe trifft die Richtigen

Banken, Spekulanten und Vermögende zahlen einen wesentlichen Beitrag zum Budget. Die Bankenabgabe ist dabei eine logische Konsequenz aus der Krise. Daß die Bankenabgabe auf die Kunden abgewälzt wird, stimmt nicht. Zahlreiche Experten, darunter Ewald Nowotny, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (OeNB), bestätigen das. Die Konsumentenschützer der Arbeiterkammer werden ein Auge darauf haben das die Bankenabgabe nicht auf die Kunden abgewälzt wird.

Zahlen muss, wer die Krise mitverursacht hat:

- **500 Mio. Euro bringt die Bankenabgabe jährlich.** Das sind 2 Mrd. Euro bis 2014. Damit werden jene in die Pflicht genommen, die die Krise mitverursacht haben. Die Banken leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Budgetkonsolidierung.
- **Die Bankenabgabe zielt auf die Gewinne der Banken ab.** Die Bemessungsgrundlage bezieht sich zu drei Viertel auf die Bilanzsumme, zu einem Viertel auf Derivatgeschäfte.
- **Zahlen müssen das die Banken, nicht die Kunden.** Die Konsumentenschutzorganisationen werden das ebenfalls genau beobachten. Gebühren und etwaige Zusatzbelastungen für Kunden werden genau im Auge behalten. Im Falle von Unregelmäßigkeiten oder Preisabsprachen werden rechtliche Schritte eingeleitet. Bereits 2002 wurden Banken aufgrund von Preisabsprachen mit Millionenbeiträgen zur Kasse gebeten.
- Im Wettbewerb kann es sich keine Bank leisten, teurer als die Konkurrenz zu sein.

Anhebung der Mineralölsteuer (MöSt)

Zwar setzte die ÖVP eine Erhöhung der Mineralölsteuer durch. Andere empfindliche Belastungen, wie sie die ÖVP etwa bei der Mehrwertsteuer wollte, konnten aber erfolgreich abgewehrt werden. Für die SPÖ war und ist klar, dass Massenbelastungen die Falschen treffen.

- Die Mineralölsteuer wird ab 1.1.2011 um 5 Cent bei Diesel und 4 Cent bei Benzin angehoben. Das bringt 2011 voraussichtlich 417 Mio. Euro.
- Zwei Drittel der Einnahmen kommen von der Wirtschaft (60 Prozent LKWs und PKW-Fuhrparks der Unternehmen; die Hälfte davon ist LKW-Tanktourismus), sowie von ausländischen Touristen (6 Prozent ausländische PKWs).
- Private Autos mit österreichischem Kennzeichen verbrauchen nur rund ein Drittel der gesamten in Österreich getankten Spritmengen.
- **Plus 30 Mio. Euro für die Anhebung der Pendlerpauschale** davon profitieren 800.000 Pendler.

Ausgabenseitige Maßnahmen

Insgesamt werden 1,7 Prozent des Budgets eingespart. Zum Vergleich: Großbritannien muss 19 Prozent einsparen, Sozialausgaben werden dort um 25 Prozent gekürzt, 500.000 Beamte entlassen.

Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

- Bis 2014 werden 2.500 Planstellen im Bundesdienst eingespart. Diese Maßnahme bedeutet eine Einsparung von 320 Mio. Euro. Ausnahmen gibt es bei den Lehrern und in der Justiz – hier werden keine Stellen eingespart sowie bei der Polizei – hier werden zusätzlich 1.000 Planstellen geschaffen.
- Die Mittel für Parteien und deren politische Akademien werden bis 2014 um 11,2 Mio. Euro gekürzt.
- Durch Verwaltungsvereinfachungen und Personalreduktion spart das Infrastrukturministerium 30 Mio. Euro.
- Einsparungen in der ÖBB-Struktur (Rationalisierungsmaßnahmen, Effizienzsteigerungen, Reduktion beim Overhead etc.) belaufen sich auf 250 Mio. Euro.
- Das Verteidigungsministerium wird bis 2014 rund 530 Mio. Euro in der Verwaltung konsolidieren. Dieses Ziel wird unter anderem durch das Ausscheiden von Waffensystemen, das Straffen von Organisations-elementen sowie die Reduzierung von Betriebsausgaben erreicht.

- Der Beitrag des Gesundheitsministeriums zur bäuerlichen Unfallversicherung – knapp 29 Mio. Euro für 2011 – entfällt ab dem Jahr 2011.
- **Kassenstrukturfonds:**
Wenn die Krankenkassen festgelegte Einsparungsziele erreichen, bekommen sie 40 Mio. Euro aus dem Kassenstrukturfonds. Dieser Betrag wurde bereits für jedes Jahr bis 2014 festgeschrieben.

Pflegegeld: 7-Stufen System bleibt erhalten

Angeichts des großen Bedarfs der Betroffenen werden im Pflegegeldsystem nur sehr behutsame Änderungen vorgenommen. Es wird keinen Eingriff in bestehende Fälle geben. Das 7-Stufen-System bleibt bestehen, und die Einsparungen werden insgesamt weniger als 1 Prozent der Systemausgaben – 2011 rund 20 Mio. Euro – betragen. Niemandem der Pflegegeld bezieht, wird etwas weggenommen.

- Die Zugangskriterien für die Pflegestufe 1 und 2 werden bei Neuansprüchen moderat angepasst. Dies ist wegen der relativ geringen Inanspruchnahme professioneller Dienste durch die Betroffenen medizinisch vertretbar. Für bestehende Pflegefälle ändert sich nichts! In der Pflegestufe 6, wo der Pflegeaufwand besonders hoch ist, wird das Pflegegeld sogar angehoben. Die 13.000 Bezieher der Pflegegeldstufe 6 werden ab kommendem Jahr statt 1.242 Euro 1.260 Euro erhalten.
- Darüber hinaus wird jede Person, die vor dem 1. Jänner 2011 einen Antrag für die Pflegegeldstufen 1 und 2 stellt, nach den bisherigen Kriterien eingestuft, auch wenn durch die Verfahrensdauer die Zuerkennung erst nach dem 1. Jänner erfolgen sollte. Alle, die aufgrund der Änderung der Zuständigkeit eines Trägers von einem anderen Pflegegeldträger übernommen werden, verbleiben im alten System. Wer das Pflegegeld vorläufig befristet zuerkannt bekommen hatte, wird bei der Verlängerung weiter nach alten Stundeneinstufungen behandelt.

Teuerungsausgleich für kleine und mittlere Pensionen

Auch bei den schwierigen Budgetverhandlungen im Sozial- und Pensionsbereich konnte die Vorgabe, keiner Bevölkerungsgruppe unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, eingelöst werden. Die Bezieher von kleinen und mittleren Pensionen erhalten sogar eine moderate Erhöhung um die Teuerung abzugelten.

Beziehen geringer Pensionen wird Inflation abgegolten

Im Pensionssystem werden im Jahr 2011 insgesamt 286 Mio. Euro eingespart. Die Maßnahmen sind ausgewogen und werden auch zu einer größeren Beitragsgerechtigkeit führen.

- Die Pensionserhöhung für 2011 garantiert durch die Inflationsabgeltung von 1,2 Prozent für Bruttobezüge bis 2.000 Euro, dass die Kaufkraft der kleinen und mittleren Pensionen erhalten bleibt.
- Der Bund wird schrittweise seinen Zuschuss (Partnerleistung) für die Pensionsversicherungsbeiträge der Bauern und Gewerbetreibenden reduzieren. Dadurch erhöht sich die Beitragsleistung dieser beiden Gruppen. Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Beitragsgerechtigkeit.
- **Invaliditätspension:** Die Gespräche mit den Betroffenen brachten gegenüber Loipersdorf folgende Verbesserung: Statt 15% Abschlag, 13,8%. Das betrifft ca. 25.000 Personen und bedeutet ein Volumen von 20 Mio. Euro von 2012 bis 2014.

Zweites Ermittlungsverfahren stellt Schwerarbeiter fest, für die gilt dann 11% Abschlag (ab 57 Jahre, betrifft ca. 5.000 Personen), dies ist einmal als Probelauf bis 2015 befristet.

Hacklerregelung – kein Auslaufen vor 2014

Wie von der SPÖ versprochen, wird es kein Auslaufen der Hacklerregelung vor 2014 geben. Laut Regierungsprogramm soll eine leistbare Neuregelung der Langzeitversichertenregelung ein abruptes Ende 2014 vermeiden.

- Durch eine Verteuerung des Nachkaufs von Schul- und Studienzeiten bei der Langzeitversicherten- (Hackler-)Regelung können 2011 mehr als 13 Mio. Euro eingespart, die Regelung selbst aber mittelfristig beibehalten werden. Strukturelle Veränderungen wird es erst ab 2014 geben.
- Hacklerregelung im Übergangsrecht

Weiterhin umfassende Unterstützung für Familien

Österreich liegt bei den monetären Familienleistungen im europäischen Spitzenfeld und ist nach wie vor eines der Länder, das im internationalen Vergleich am längsten Familienbeihilfe auszahlt.

Familien in Österreich können auch in Zukunft auf umfassende Unterstützung bauen. Fakt ist, dass jedes Ministerium dafür verantwortlich war, die Konsolidierungsziele zu erreichen. Die Familienagenden koordiniert das ÖVP-geführte Wirtschaftsministerium.

- Die Familienbeihilfe wird in Österreich künftig bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres ausbezahlt. Die Bezugsdauer der Familienbeihilfe liegt damit nach wie vor über dem EU-Durchschnitt.
- Die Auszahlung der Familienbeihilfe für Studierende ist in der Regel für mindestens sechs Jahre (12 Semester) und somit zwei Semester länger als die Mindeststudiendauer (6 Semester Bachelor + 4 Semester Master) gesichert.
- Studierenden, die Präsenz-, Zivil- oder Ausbildungsdienst geleistet haben, und Studentinnen, die in Mutterschutz waren, wird diese Zeit abgegolten: Die Auszahlung der Familienbeihilfe wird bis zum 25. Geburtstag verlängert. Diese Regelung gilt auch für Kinder mit erheblichen Behinderungen, die sich in Berufsausbildung befinden.
- Die Möglichkeit zur kostenlosen Mitversicherung für Studierende bis zur Vollendung des 27. Lebensjahr bleibt bestehen.

- Studierende, die Studienbeihilfe beziehen und das 24. bzw. 25. Lebensjahr erreicht haben, erleiden auch zukünftig keine finanziellen Einbußen. Der Betrag, der durch Wegfall der Familienbeihilfe auch bei der Studienbeihilfe fehlen würde, wird ausgeglichen. Für rund 25 Prozent der Studierenden ändert sich daher nichts.
- Junge Menschen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, erhalten keine Familienbeihilfemehr. 18-21-Jährige, die sich nicht in Ausbildung befinden und keinen Job über das AMS suchen, erhalten ebenfalls keine Familienbeihilfe mehr.
- Die 13. Familienbeihilfe wird künftig als Schulstartgeld für Sechs- bis 15-Jährige pauschal mit 100 Euro ausgezahlt. Damit werden die Mehrkosten für Eltern zu Schulbeginn abgegolten.
- Der Selbstbehalt bei Schulbüchern wird ersatzlos gestrichen. Damit werden Eltern mit bis zu 10 Mio. Euro im Jahr zusätzlich entlastet.
- Der Mehrkindzuschlag wird von 36 Euro auf 20 Euro reduziert.
- Der Alleinverdiener-Absetzbetrag für Paare, die keine Kinder (mehr) betreuen wird gestrichen. Ausnahme Pensionisten mit einem Einkommen unter 1.155,- Euro.

Die Gespräche mit den Betroffenen waren wichtig:

Insgesamt werden 300 Mio. Euro im Vergleich zur Einigung in Loipersdorf mehr zur Verfügung gestellt.:

- Die Maßnahmen im Familienbereich kosten 300 Mio. Euro für vier Jahre, das bedeutet zusätzlich 75 Mio./Jahr.
- Die Kürzung der Familienbeihilfe für alle Studierenden wird um ein halbes Jahr auf 1.7.2011 verschoben.
- Von allen weiteren Ausnahmen profitiert die Hälfte der betroffenen Studierenden.

Einzelbeispiele im Vergleich zur Einigung in Loipersdorf:

- Mehrkindfamilien bekommen 240,- Euro/Jahr mehr .
- 8.000 Studierende bekommen zwei Jahre länger den Ausfall der Familienbeihilfe ersetzt, wenn sie Studienbeihilfe beziehen. Das bedeutet 3.552,- Euro/Jahr.
- Weitere 8.000 Studierende profitieren von einer möglichen Verlängerung der Familienbeihilfe um ein Jahr bis zu einem Alter von 25 Jahren. Das bedeutet 1.776,- Euro/Jahr.

Der Familienbereich im Vergleich zu Loipersdorf im Detail:

Familienbeihilfe bis 24 generell erst ab 1.7.2011

Volumen: 77 Mio. Profitierende: 35.000 Studierende

Mehrkindzuschlag mit 20 Euro

Volumen: 128 Mio. Profitierende: 110.000 Eltern oder 135.000 Kinder

Anhebung Zuverdienstgrenze Familienbeihilfe ab 2011 auf 10.000 Euro

Volumen: 9 Mio. Profitierende: 1.200 Studierende

Alleinverdienerabsetzbetrag

Volumen: 6 Mio. Profitierende: 3.500 Pensionisten

Kinderabsetzbetrag

Volumen: 20 Mio.

Erhöhung der Studienbeihilfe bis 26 Jahre

Volumen: 60 Mio. Profitierende: 8000 Studierende

Gesamt: 300 Mio.

Landwirtschaft: 500 Millionen eingespart

Im Bereich Landwirtschaft wird vor allem durch Neugewichtung bei Förderungen, Einsparungen in der Verwaltung und durch Streichung von Bundeszuschüssen gespart. Insgesamt wird bis 2014 rund eine halbe Milliarde Euro zur Konsolidierung beigetragen.

Einsparungen im Landwirtschaftsministerium (203 Mio. Euro):

Der entscheidende Teil der direkten Einsparungen kommt aus dem Bereich Förderungen und Aufwendungen: 156 Mio. Euro.

Davon werden durch Eingrenzung bei den Projekten und neue Schwerpunktsetzungen im Rahmen der Investitions- und Regionaloffensive 148 Mio. Euro eingespart.

In der Verwaltung werden 25 Mio. und bei Beteiligungen und Dienststellen 22 Mio. Euro eingespart.

Einsparungen in anderen Ministerien (rund 300 Mio. Euro):

Die Streichung des Bundeszuschusses zur Unfallversicherung der Bauern bringt 115 Mio. Euro.

Weiters ist der Landwirtschaftsbereich von Einsparungen durch geringere Zuzahlungen des Bundes zur Krankenversicherung der Bauern, Gewerbetreibenden und Eisenbahner und durch höhere Pensionsbeiträge von Bauern und Gewerbetreibenden (in Summe rund 181 Mio. Euro) betroffen.

Investitionen in die Zukunft

Bis 2014 stehen 1,6 Mrd. Euro, also jährlich 400 Mio. Euro, für Offensivmaßnahmen zur Verfügung. Damit werden Bildung und Ausbildung junger Menschen gestärkt. Mehr Geld gibt es zudem für Umwelt und Gesundheit.

■ Schulen

Das Budget des Bildungsministeriums wird um zusätzliche 80 Mio. Euro pro Jahr bis 2014 erhöht. Das ganztägige Schulangebot im Pflichtschulbereich soll stufenweise von derzeit 120.000 auf 200.000 Plätze ausgeweitet werden. Besonders wichtig: Alle zentralen Bildungsreformen wie z.B. die Neue Mittelschule werden fortgeführt.

■ Universitäten

Von der Zukunftsoffensive der Regierung Faymann profitieren auch die Universitäten – und das in einem Ausmaß von 80 Mio. Euro jährlich. Die Abschaffung der Studiengebühren wird darüber hinaus den Universitäten mit 154 Mio. Euro jährlich abgegolten. Dadurch werden Studienqualität und -bedingungen verbessert.

■ Forschung

Die Forschungsprämie für Unternehmen wird von acht auf zehn Prozent gesteigert, die Förderung der angewandten Forschung aufgestockt. Das sind in Summe 100 Mio. Euro mehr für die Forschung.

■ Thermische Sanierung

100 Mio. Euro für die Dämmung und thermische Verbesserung von Wohn- und Betriebsgebäuden sind ein wesentlicher Beitrag zur CO₂-Reduktion und damit für den Klimaschutz und für neue Arbeitsplätze.

■ Kassenstrukturfonds

Wenn die Krankenkassen festgelegte Einsparungsziele erreichen, bekommen sie 40 Mio. Euro aus dem Kassenstrukturfonds. Dieser Betrag wurde bereits für jedes Jahr bis 2014 festgeschrieben.

SPÖ kämpft weiter: Zeit für Gerechtigkeit!

Eine Koalition aus zwei Parteien muss Kompromisse eingehen. Auch beim Budget. Bundeskanzler Werner Faymann wird aber weiter dafür kämpfen, dass alle seine Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit umgesetzt werden – bei einer Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode.

Zur Erinnerung: Noch vor einem Jahr hatte es massiven Widerstand der ÖVP gegen die Bankenabgabe oder Änderungen bei der Stiftungsbesteuerung gegeben. Heute sind sie Realität. Werner Faymann konnte in den Budgetverhandlungen fünf seiner acht Forderungen für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem durchsetzen.

Millionärssteuer im Zuge der Steuerreform gefordert

Doch auch die übrigen Forderungen sind nicht vom Tisch: Beschränkung von Manger-Boni, eine EU-weite Finanztransaktionssteuer und nicht zuletzt die Vermögenssteuer ab 1 Million Euro – Werner Faymann wird hier nicht nachgeben, wie er betont. Bei einer Steuerreform, die noch in dieser Legislaturperiode diskutiert werden soll, werden diese Forderungen Thema sein.

Bundeskanzler Faymann: *„Mein Plan ist, dass wir bei einer besseren Konjunkturerwicklung zusätzlich zu diesem Budget über eine Steuerreform reden sollten, die zu einer spürbaren Entlastung der Arbeitnehmer und zu einer stärkeren Belastung der wirklich Vermögenden in diesem Land führt.“*

Ziel Faymanns ist es, besonders den Mittelstand zu entlasten. Vor allem Einkommen zwischen 2.000 und 3.000 Euro, die von der Steuerprogression betroffen sind, sollen von einer solchen Reform profitieren.

Sparmaßnahmen der EU-Länder

Deutschland

Budget wurde vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 12.11.2010 beschlossen: 48,4 Mrd. Neuverschuldung sind vorgesehen, statt ursprünglich 57,5 Mrd. Euro.

- Ausgaben für Arbeit und Soziales sollen um 7,9 Prozent auf 131,8 Milliarden Euro sinken.
 - o Elterngeld soll gedeckelt werden: Bemessungsgrundlage zur Berechnung des Elterngeld soll von derzeit 2700 auf 1800 Euro zurückgenommen werden
 - o für die Hartz-IV-Empfänger soll das Elterngeld ganz gestrichen werden
 - o Rentenversicherungsbeitragssatz für Hartz-IV-Empfänger soll entfallen
 - o die verlängerte Bezugsdauer für Ältere beim Arbeitslosengeld I soll wieder rückgängig gemacht werden
 - o Pensionsalter soll auf 67 Jahre angehoben werden
 - o Wohnungsbauprämie in Höhe von 45 Euro bei Alleinstehenden und 90 Euro pro Jahr bei Ehegatten soll auslaufen
 - o Wegfall des Kinderwohngeldes und lineare Kürzungen beim allgemeinen Wohngeld
 - o Wegfall des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger – soll 130 Mio. Euro bringen
- Bundesbeamte müssen mit einer Kürzung ihrer Bezüge um 2,5 Prozent rechnen, durch Verzicht auf die Erhöhung des Weihnachtsgeldes. Bis zum Jahr 2014 sollen zudem mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

- Gesundheitsreform (12.11.2010 vom Bundestag beschlossen)
 - o Die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung steigen ab 1.1.2011 von 14,9 auf 15,5 Prozent. Dadurch sollen etwa 6,3 Milliarden Euro in den Gesundheitsfonds fließen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jeweils 0,3 Prozentpunkte mehr.
 - o Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung in Zukunft nur für Arbeitnehmer: Die Beschäftigten müssen steigende Gesundheitskosten allein über Zusatzbeiträge schultern. Deren bisherige Obergrenze von einem Prozent des Einkommens entfällt. Für Geringverdiener ist ein automatischer Sozialausgleich aus Steuermitteln vorgesehen.
 - o Gesundheitsetat wird bis 2014 um 10 Mrd. gekürzt
 - o Die Verwaltungskosten der Krankenkassen werden auf dem Stand des Jahres 2010 eingefroren. Das soll 2011 und 2012 je 300 Millionen Euro sparen.
 - o Die Begrenzung der Ausgaben von Krankenhäusern soll im nächsten Jahr 500 Millionen und im Folgejahr 570 Millionen Euro einsparen.
 - o Die Zahnärzte werden mit 20 Millionen im nächsten und 40 Millionen Euro im Jahr 2012 an den Sparmaßnahmen beteiligt. Wie die Kliniken dürfen sie ihre Preise nur begrenzt anheben.
- Verteidigungsbudget – Einschnitte von 600 Millionen Euro im kommenden Jahr und 1,1 Milliarden Euro für 2012 vorgeschlagen; 2013 und 2014 soll Guttenberg vier Milliarden Euro aus seinem Budget herauschneiden.

- Kulturbudget: In Deutschland investieren Bund, Länder und Kommunen acht Mrd. Euro in die Kultur. Allerdings sind vor allem die Gemeinden, die 3,6 Mrd. Euro beitragen, vom grassierenden Sparzwang betroffen. Zugleich wurde der Bundesetat von 1,2 Mrd. Euro jüngst erhöht.
Aber: Ausgaben für Bildung und Forschung steigen von 2010 bis 2013 um zwölf Milliarden Euro. Allein im kommenden Jahr wird Schavan 11,6 Milliarden Euro oder gut sieben Prozent mehr bekommen als 2010. (vgl. Die Welt, 8.7.2010)

Großbritannien

Die Sparmaßnahmen wurden am 20.10.2010 von Finanzminister Osborne im Unterhaus angekündigt

- Erhöhung der Mehrwertsteuer: Mehrwertsteuer soll Anfang 2011 von derzeit 17,5 auf 20 Prozent steigen.
- Soziales:
 - o Sozialhilfe - 7,8 Mrd. Kürzungen
 - o Sozialhilfe Langzeitarbeitslose sollen künftig vier Wochen gemeinnützige Arbeiten ohne Bezahlung verrichten, bevor sie Sozialhilfe erhalten.
 - o Sozialwohnungen: Die Mieten dafür werden auf 80 Prozent des privaten Marktpreises angehoben.
 - o Wohngeld: Neue Obergrenzen für das Wohngeld sollen verhindern, dass Menschen ohne Job dank der Transfers in Wohnungen leben, die sich nicht einmal Beschäftigte leisten können.
 - o Koppelung von Sozialleistungen an ein anderes Inflationsbarometer

- Pensionen:
 - o Die Zulassungsbestimmungen zu Invalidenpensionen werden massiv verschärft. Wessen Ehepartner ein regelmäßiges Einkommen hat, verliert den gesamten Invalidenzuschuss nach einem Jahr, wenn er auch nur als eingeschränkt arbeitsfähig eingestuft wird.
 - o Die Pensionsbeiträge der Arbeitnehmer werden erhöht, und das Pensionsantrittsalter steigt für Männer bis 2018 auf 66 Jahre, für Frauen bis 2020. Die Erleichterungen für Pensionisten wie Gebührenbefreiung beim Fernsehen oder Heizkostenzuschüsse bleiben bestehen.
- Kinderbeihilfe wird für Familien, bei denen ein Elternteil mehr als 50.000 Euro brutto jährlich verdient, gestrichen. Ausbezahlt wird aber weiter bis zum 19. Lebensjahr
- Beamte: Im öffentlichen Sektor sollen die Gehälter für zwei Jahre eingefroren werden
- 490.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor sollen eingespart werden
- Eine neue Bankenabgabe soll pro Jahr zwei Milliarden Pfund einbringen
- Gelder für Kommunen werden um 7 Prozent gekürzt
- Heeresbudget minus 8 Prozent
- Polizeibudget minus 16 Prozent
- Weniger Geld für Universitäten und Hochschulen - Forschungsetat wird eingefroren, was einer Inflations-bereinigten Kürzung um 8 Prozent gleichkommt.

- Studiengebühren steigen um bis das Dreifache: Die Regierung will es den Universitäten erlauben, die derzeit erhobenen Studiengebühren von umgerechnet maximal 3780 Euro pro Jahr zu verdoppeln oder unter „außergewöhnlichen Umständen“ fast zu verdreifachen. (vgl. Focus, 11.11.2010)
- staatliche Zuschüsse für Universitäten sollen um 80% gekürzt werden. Betroffen hiervon sind ausschließlich die Geistes- und Sozialwissenschaften, die überhaupt keine Zuschüsse mehr erhalten.
- Kulturbudget bis 2015 insgesamt 41 Prozent weniger Ausgaben

Italien

Sparpaket wurde im Juli im Senat beschlossen

- Pensionen: Ab 2010 müssen die Italiener mindestens bis zum 61. Lebensjahr arbeiten oder 40 Jahre lang Beiträge geleistet haben, um die volle Rente zu erhalten
- Gebühren im Gesundheitssystem steigen
- Einkommen der Staatsbeschäftigten werden in den nächsten drei Jahren auf dem Stand von 2010 eingefroren
- Knapp 5 Milliarden Euro streicht die Regierung bei den Überweisungen an Regionen und Gemeinden
- Gebühren auf den Stadtautobahnen sollen eingeführt werden
- Staatsausgaben sollen bis 2012 um 24 Milliarden Euro gekürzt werden

- 700 Millionen Euro im Hochschulsektor sollen alleine 2011 gekürzt werden.
- Kultur: Der gekürzten Kulturhaushalt soll 2011 von derzeit 262 wieder auf 400 Mio. Euro aufgestockt werden.

Frankreich

- Pensionsreform (bereits beschlossen und am 10.11.2010 in Kraft getreten)
 - Das Mindestalter für den Bezug einer vollen Pension wird bis 2018 schrittweise von 60 auf 62 Jahre angehoben. Das bedeutet beispielsweise, dass diejenigen, die 1952 geboren wurden, acht Monate länger arbeiten müssen. Volle zwei Jahre länger müssen all diejenigen arbeiten, die 1956 geboren wurden.
 - Um früh die volle Pension zu bekommen, müssen Franzosen künftig länger Beiträge zahlen. Wie es bereits ein Gesetz aus dem Jahr 2003 vorsieht, wird die Beitragsdauer verlängert. Bis 2020 müssen Franzosen voraussichtlich 41,5 statt 40,5 Jahre Beiträge leisten.
 - Pensionsbeiträge von Beamten steigen. Bei ihnen liegt der Beitragsatz derzeit bei 7,85 Prozent, während im Privatsektor 10,55 Prozent fällig werden.
- Universitäten sollen in die finanzielle Autonomie entlassen werden: Privaten Sponsoren sollen über Stiftungen den Lehrbetrieb finanziell unterstützen und selbst Mittel für Forschung und Lehre aufreiben.
- Sparbudget (am 18.11.2010 von der Nationalversammlung beschlossen) Für dieses Jahr wird ein Rekorddefizit des Staates von 7,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwartet. Die EU erlaubt einen Wert von drei Prozent, den die Regierung 2013 erreichen will.

- o Ausweitung der Wochenarbeitszeit
- o Beschneidung der Sozialausgaben
- o Abbau von weiteren Steuernischen 2011: Darunter fallen Mietzuschüsse und Hilfen zur Beschäftigung von Hausangestellten, sowie steuerliche Begünstigungen von Kombi-Internetangeboten. Diese Maßnahmen sollen 9 Mrd. Euro bringen
- o Vergünstigungen im Immobilienbereich oder für frisch Verheiratete fallen weg
- o Im kommenden Jahr sollen insgesamt mehr als 30.000 Vollzeitstellen in den Ministerien dadurch wegfallen, dass in Pension gehende Beamte nicht mehr ersetzt werden.
- o 100.000 Stellen im Staatsdienst würden laut Plan bis 2013 abgebaut

Griechenland

Erstes Sparpaket: Die Sparmaßnahmen wurden bereits – auch als Auflage für die finanzielle Hilfsstellung von EU und Währungsfonds – beschlossen

- Anhebung der Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent
- Steuern auf Tabak, Spirituosen und Kraftstoff steigen um zehn Prozent, zum dritten Mal seit Jahresbeginn
- Pensionen
 - o Renteneintrittsalter für Frauen soll auf 65 Jahre angehoben werden
 - o Wer besonders anstrengende Arbeit verrichtet, soll frühestens mit 60 statt bislang mit 55 in den Ruhestand gehen dürfen
 - o Die Zahl der für eine volle Rente erforderlichen Beitragsjahre soll von 37 auf 40 Jahre angehoben werden
 - o Rentner, die mehr als 2500 Euro an Bezügen erhalten, sollen ihre 13. und 14. Monatsbezüge verlieren

- o Keine Frühpensionierungen vor dem 60. Geburtstag mehr
- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Beamte: Im staatlichen Sektor werden die Gehälter um acht Prozent gekürzt
- Verteidigungsausgaben: Kürzung um 25 Prozent statt der bisher eingeplanten 12,6 Prozent.

Budget 2011: Zweites Sparpaket

Am 18.11.2010 dem griechischen Parlament vorgestellt; Beschluss für 22. Dezember vorgesehen.

Durch weitere Strukturreformen und Kürzungen auf der Ausgabenseite soll das Defizit 2011 auf 7,4 Prozent gedrückt werden. Im Vergleich zum laufenden Jahr soll die Neuverschuldung damit um 5,1 Milliarden Euro sinken.

- Die Griechen müssen kommendes Jahr durch Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen 6,130 Milliarden Euro mehr aufbringen als bisher geplant war.
- Zusätzliche Belastungen für die Griechen in Höhe von vier Milliarden Euro
- Höherer Mehrwertsteuersatz von 23 Prozent statt bisher elf Prozent für viele Produkte, darunter zahlreiche Lebensmittel und nicht alkoholische Getränke
- Der mittlere Mehrwertsteuersatz soll von heute elf auf 13 Prozent erhöht werden. Für Medikamente und den Hotels wird ein geringerer Satz von 6,5 Prozent gelten.

- Die Steuer auf Heizöl soll ebenfalls erhöht werden. Das wird aber erst ab Oktober 2011 gelten.
- Zigaretten sollen 20 Cent pro Packung teurer werden.
- Kürzungen im Gesundheitswesen: 2,1 Mrd. Euro Einsparungsvolumen
- „Nichtverlängerung von Arbeitsverträgen“ – im öffentlichen Dienst – soll 100 Millionen Euro sparen.
- Privatisierungen etwa bei den Eisenbahnen
- Die Rüstungsausgaben werden um rund 500 Millionen Euro gekürzt.

Portugal

Budget wurde am 30. Oktober beschlossen

- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 23 Prozent
- Einkommen sollen um 1 bis 1,5 Prozentpunkte höher besteuert werden
- das Einfrieren der Renten - Pensionszahlungen werden 2011 nicht erhöht
- Beamte: Senkung der Gehälter im öffentlichen Dienst
- Zahlungen für das öffentliche Gesundheitssystem reduziert

Spanien

Wurde mit einer Stimme Mehrheit im Mai vom Parlament beschlossen

- Soziales und Familie
 - Einmalige Auszahlung von 2500 Euro an junge Eltern soll nach der Geburt eines Kindes wegfallen
 - Renten sollen im kommenden Jahr nicht erhöht werden
- Investitionen sollen um insgesamt mehr als sechs Mrd. Euro gekürzt werden
- Subventionen für Tanz- und Theatergruppen zusammengestrichen
- Für Fortbildungen aller Art steht kein Geld mehr zur Verfügung
- Jugendzentren werden geschlossen
- Zuwanderer müssen ohne Integrationskurse klar kommen
- Beamte: 2010 werden die Löhne der Staatsbediensteten um fünf Prozent gekürzt und 2011 eingefroren
- Verteidigungsbudget wird 2011 um 7 Prozent gekürzt – damit sinkt es auf 7,2 Mrd. Euro und 1,2 Prozent des BIP.
- Kultur: Die Ausgaben schrumpfen 2011 um 12,3 Prozent auf 1,1 Mrd. Euro. Der Verband der Filmproduzenten spricht von „verheerenden Aussichten“ für den spanischen Film

Irland

(Einzelheiten für den 4-Jahres-Sparplan werden – nach Inanspruchnahme des Euro-Rettungsschirmes – voraussichtlich am Dienstag, den 23.11 bekannt gegeben.

Eckpunkte: 15 Mrd. sollen in den nächsten vier Jahren eingespart werden.

- Einführung einer CO2-Steuer
- Erhöhung des Rentenalters , das bis 2028 von derzeit 65 auf 68 Jahre steigen soll
- minus vier Prozent bei der Arbeitslosenhilfe,
- minus zehn Prozent beim Kindergeld,
- minus 15 Prozent bei den Bediensteten im öffentlichen Dienst
- Kürzungen beim Mindestlohn

Rumänien

- Anfang September mussten alle Schulen mit weniger als 200 Schülern und alle Kindergärten mit weniger als 100 Kindern schließen.
- Mehrwertsteuer-Erhöhung von 19 auf 24 Prozent, weil sich geplante Pensions-Einschnitte als verfassungswidrig herausstellten.
- Wichtige Sozialleistungen wie Arbeitslosen- und Kindergeld wurden gestrichen.
- Beamte
 - o Die Gehälter der rumänischen Beamten werden um 25 Prozent gekürzt.
 - o Abbau des überdimensionierten Staatsapparates mit über 1,3 Millionen Beamten: Nun sollen hier 195 000 Jobs wegfallen.

